

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902

Ausschussvorsitzender: Ulrich Weinerth
E-mail: weinerth@cdu-wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 1. September 2004

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 08.09.2004, um 17:00 Uhr,
Kettelerhaus (Saal), Marienplatz, Wiesbaden-Biebrich**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung I

1. Soziale Stadt Biebrich

2. 04-A-16-0002

Eingaben von sozialen Institutionen und Einrichtungen

2.1. 04-A-16-0016

ANLAGE

Förderung von Integrationsmaßnahmen in Kindertagesstätten
- Schreiben der Herz-Jesu-Gemeinde Biebrich vom 2. Juli 2004 -

2.2. 04-V-80-2347

ANLAGE

Bericht zum Thema: Eingaben von sozialen Institutionen und Einrichtungen -
Rathausstraße 65, Wiesbaden-Biebrich -

3. 04-F-02-0050

ANLAGE

Defizite im barrierefreien Tourismus

4. 03-F-02-0041

Akademie für Ältere
Beschuß Nr. 0371 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.10.2003:

Seit ihrer Gründung vor elf Jahren fasst die Wiesbadener „Akademie für Ältere“ als Kooperationsverbund von etwa 30 Trägern Bildungs- und Freizeitangebote auf breiter Basis zusammen. Zu den Kooperationspartnern gehören neben dem Seniorenbeirat die Träger der Offenen Altenarbeit, die städtische Altenarbeit, die Erwachsenenbildungseinrichtungen der Kirchen, die Kommunale Frauenbeauftragte und die Fachhochschule Wiesbaden. Koordination und Geschäftsführung liegen bei der Wiesbadener Volkshochschule.

Dieses Netzwerk hat sich zu einem zentralen Bestandteil der Seniorenarbeit in Wiesbaden entwickelt. Es unterstützt zahlreiche Senioren, im Alter aktiv zu bleiben, sich weiterzubilden und eigene Erfahrungen weiter zu geben. Der Magistrat wird gebeten, in den anstehenden Verhandlungen über Leistungsverträge im Zusammenhang mit Zuschußzuwendungen an die Volkshochschule einen Fortbestand der „Akademie für Ältere“ zu gewährleisten.

Bericht durch Dezernat VIII

5. 04-A-16-0013

ANLAGE

Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 4.7.2004
- Folklore im Garten/Erhöhung des Zuschusses 2005

Der Jugendhilfeausschuss stellt einen direkten Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, den Ansatz für das Haushaltsjahr 2005 auf mindestens 27.000 € zu erhöhen.

6. 04-A-16-0014

ANLAGE

Sperrvermerk bei HUA 4700 "Soziale Hilfe e.V."

7. 04-F-01-0045

ANLAGE

Graffiti in Wiesbaden
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0455 vom 8.7.2004

8. 04-F-03-0057

Bewegungsförderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 3.8.2004 –

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

In Berlin wurde am 25. Juni 2004 die Plattform "Ernährung und Bewegung e.V." u.a. von Bundesregierung, Lebensmittelwirtschaft, Bundeselternrat, Sportbund, Spitzenverbänden der Krankenkassen, Agrarwirtschaft und Medizin gegründet. Diese Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, ein Bündnis aller gesellschaftlichen Gruppen dafür zu gewinnen dem steigenden Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsförderung einerseits und Aufklärung über gesunde Ernährung andererseits effektiver zu begegnen.

Es gibt gesicherte Erkenntnisse, dass insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien von der Problematik besonders betroffen sind. Deshalb sollte diese Gruppe gezielt für gesundheitsbewusste Ernährung und körperliche Aktivität angesprochen werden.

Es ist bekannt, dass der Magistrat bereits auf dem Feld der Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche aktiv ist. Der Beitritt zur Initiative "Ernährung und Bewegung" ist ein Weg zur Verstärkung dieser Aktivitäten, der mit Maßnahmen vor allem zugunsten sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbunden werden sollte. Die von der Plattform beabsichtigte Förderung sportlichen Engagements kann zudem die gesellschaftliche Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern.

Der Magistrat wird daher gebeten:

- über die bisherigen Aktivitäten und Erfahrungen der Verwaltung im Zusammenhang mit der Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche in der LHW zu berichten.
- der Plattform "Ernährung und Bewegung", die am 29. September 2004 im Rahmen eines Gründungskongresses ihre Programmatik öffentlich vorstellt, beizutreten und eigene Beiträge insbesondere zugunsten sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher gemeinsam mit geeigneten Partnern (Krankenkassen, Ernährungswirtschaft, Sportvereine/ -anbieter, etc) zu entwickeln und umzusetzen.

9. 04-F-05-0014

ANLAGE

Ehrenamts-Card

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.8.2004 –

Der Magistrat wird gebeten,

die von der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003 beschlossene Einführung einer Ehrenamts-Card durch folgende Maßnahmen zu realisieren:

- Ansiedlung des Projektes bei den Dezernaten I, bürgerschaftliches Engagement, und Dez. III, Wirtschaftsförderung, um folgendes zu veranlassen:
- Kontaktaufnahme zu der Landesehrenamtsagentur des Landes Hessen, um zu eruieren welche Hilfestellungen, Informationen und Förderung zur Umsetzung der Ehrenamts-Card geboten werden. Aktive Nutzung der Vernetzung von Kommunen, die im Bereich Ehrenamts-Card aktiv sind. Teilnahme an der Informationsveranstaltung Ende September

2004 im Kreishaus Dietzenbach – beziehungsweise Beschaffung der dort angebotenen Informationen und Vergünstigungen;

- Kontaktaufnahme zur heimischen Wirtschaft und zu den dieser nahestehenden Institutionen – beispielsweise IHK, Wirtschaftsunioren, Einzelhandelsverband, Hotel- und Gaststättenverband etc. – um auch von dieser Seite nach Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung zu suchen.

10. 04-F-03-0068

Leitlinien zur kommunalen Umsetzung von "Hartz IV"

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 1.9.2004 –

Der Magistrat wird gebeten das vorzulegende Konzept für die kommunale Umsetzung von 'Hartz IV' (Viertes Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) an folgenden Grundsatz zu orientieren:

Priorität hat die Zielvorgabe möglichst viele, der künftig das Arbeitslosengeld II beziehenden Personen rasch und dauerhaft in den Ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Hierzu gilt es

- vorhandene und neue Maßnahmen der Ausbildung und Qualifizierung wie beispielsweise das Programm 'Wege zur Berufsbildung für Alle' - auch über die bisherige Zielgruppe der Jugendlichen hinaus - entsprechend den neuen Umfeldbedingungen fortzuentwickeln,
- das für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung unverzichtbare Arbeitsplatzangebot - insbesondere für einfache, durch geringere Qualitätsanforderungen gekennzeichnete Tätigkeiten - zu erweitern,
- Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Liegenschaftspolitik so zu fokussieren, dass der Erhalt, die Schaffung und Neuansiedlung von Arbeitsplätzen im 'ersten Arbeitsmarkt' gezielt unterstützt wird und beispielsweise im Bereich von Logistikunternehmen oder dem Tätigkeitsfeld gebäudebezogener Dienstleistungen wie Energiemanagement, Reparatur-, Wartungs- und Reinigungsarbeiten der Erhalt und die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen gelingt,
- in Tätigkeitsfeldern, die durch einen eklatanten Mangel an regulären Arbeitsplätzen und eine weitgehende Dominanz von Schwarzmarktangeboten geprägt sind, durch gezielte Maßnahmen der Lohnkostenbezuschung die Entstehung neuer Stellen im 'ersten Arbeitsmarkt' voranzutreiben, wobei zu gewährleisten ist, dass nicht-subventionierte Arbeitsplätze keiner Substitutionsgefahr ausgesetzt werden und in diesem Zusammenhang die positiven Erfahrungen des 'homepower'-Projektes des Landes Rheinland-Pfalz zu nutzen,
- die sogenannten 'Ein/Zwei-Euro-Jobs' (Mehraufwandsentschädigung) in zusätzlichen, gemeinnützigen Tätigkeitsfeldern so strukturieren und zu begrenzen, dass diese tatsächlich eine Brückenfunktion zum 'ersten Arbeitsmarkt' herstellen, um dergestalt eine Ausweitung des "zweiten Arbeitsmarktes" zu vermeiden und dem Risiko einer Verfestigung der Arbeitslosengeld-II-Abhängigkeit entgegen zu wirken.

11. Unerledigte Punkte

11.1 04-A-16-0007 **ANLAGE**

Mitfinanzierung einer Schuldnerberatung

11.2 03-F-02-0010 **ANLAGE**

Förderung der Sprachkompetenz fremdsprachiger Kinder

12. 04-A-16-0001

Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 04-V-20-0029 **DL 22/04-9**

Investitionscontrolling 2. Quartal 2004

2. 04-V-51-0032 **DL 24/04-6**

Betriebskostenzuschuss für die Erweiterung der Kinderkrippe Rosengärtchen, Juliusstraße 8, 65189 Wiesbaden, unter Trägerschaft der Europa-Schule Dr. Obermayr e.V.

3. 04-V-51-0027 **DL 22/04-13**

Nachwahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

4. 04-V-51-0029 **DL 22/04-14**

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

5. 04-V-51-0035 **DL 23/04-5**

Freigabe von Haushaltsmitteln im VMH für Mittagstisch

- | | | |
|-----------|---|-------------------|
| 6. | 04-V-69-0003 | DL 22/04-3 |
| | Neuer Dringlichkeitskatalog der Wohnungsvergabe | |
| 7. | 04-F-02-0048 | ANLAGE |
| | Niederflurbusse | |
| 8. | 03-A-16-0010 | ANLAGE |
| | Waldorf-Kindergarten in Wiesbaden-Bierstadt (von-Leyden-Straße) - Standortfrage - | |
| 9. | 04-A-16-0015 | ANLAGE |
| | Weitere finanzielle Planungen in Bezug auf städtische Kindertagesstätten | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Weinerth
Vorsitzender